

28. März 2007, 14:35, NZZ Online

Definitive Exportrisikogarantie für Ilisu-Staudamm

Bundesrat sieht Auflagen erfüllt

Der Bundesrat gewährt vier Schweizer Firmen eine Exportrisikogarantie für den Bau des Ilisu-Staudammes in der Türkei. Vor der definitiven Zusage mussten verschiedene Auflagen erfüllt werden.

ubl. Der Bundesrat hat definitiv eine Exportrisikogarantie für Schweizer Firmen gewährt, die am Bau des Wasserkraftwerks Ilisu in der Türkei beteiligt sind. Sie gilt für die Firmen Alstom, Colenco, Maggia und Stucky und hat einen Umfang von rund 225 Millionen Franken. Die Exportversicherung gilt für die Lieferung von Generatoren, elektromechanische Ausrüstungen und Ingenieurleistungen.

Die Zusage war im Dezember des letzten Jahres erst bedingt ausgesprochen worden. Sie wurde von der Verwirklichung flankierender Massnahmen abhängig gemacht.

Garantien auch von Deutschland und Österreich

Laut einer Mitteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) haben neben der Schweiz auch Österreich und Deutschland Exportrisikogarantien für Firmen aus ihren Ländern gewährt. Die drei Länder wollen sicherstellen, dass Vorgaben der Weltbank erfüllt werden.

Deshalb haben sie 150 Auflagen in den Bereichen Umwelt, Umsiedlung, Kulturgüter und Anrainerstaaten vereinbart, die vom Bauherrn erfüllt sein müssen (siehe Link). Laut EVD mussten davon bereits 23 Informations- und Planungsmassnahmen vor der endgültigen Zusage erfüllt sein. Ein unabhängiges Expertenkomitee habe die Umsetzung bestätigt.

Auch spätere Bauphase wird kontrolliert

Auch während der späteren Bauphase wird ein Expertenkomitee die Erfüllung weiterer Massnahmen überwachen. Zum Komitee gehören nationale und internationale Experten. Sollte eine der vereinbarten Auflagen nicht erfüllt werden, haben die Exportkreditagenturen ein Eingriffsrecht.

Laut EVD hat sich der Bundesrat bei seiner Entscheidung auch von erhofften positiven Auswirkungen des Projekts auf den Wirtschaftsstandort Schweiz und die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei leiten lassen. Die Türkei baue ausserdem auf erneuerbare Ressourcen, um ihren steigenden Energiebedarf zu decken.

Bau des Staudammes ist umstritten

Über die Unterstützung des Projektes durch die Schweiz wird seit Jahren gestritten. Nichtregierungsorganisationen wie die Erklärung von Bern oder die Alliance Sud wiesen wiederholt auf die einschneidenden Auswirkungen des Projektes auf die südanatolische Region hin.

Nach Prognosen müssen 55'000 Personen umgesiedelt werden, 80 Ortschaften, darunter historische Stätten, werden im Wasser verschwinden. Das Grossprojekt ist deshalb auch in der Türkei selbst umstritten.

Mehr zum Thema:

[Übersicht: Die wichtigsten Massnahmen](#)

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2007/03/28/il/newzzEZTIECBF-12.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG